P r o t o k o l l
der 14. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnungswesen
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin
am 14.01.2004

Beginn: 16.30 Uhr Ende: 17.15 Uhr

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

Der Ausschuss-Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und wünscht allen ein frohes und gesundes neues Jahr.

TOP 1 Bürgerfrage-Viertelstunde

Anfragen gemäß § 18 GO BVV liegen nicht vor.

TOP 2 Anträge

TOP 2.1 Aktion - Liste für kautionsloses Wohnen im Bezirk
Drucksache: 858 / II (neu) SPD / GRÜNE

Der Antrag wird wegen Mitberatung in den Ausschuss für Soziales und Grundsicherung vertagt.

TOP 2.2 Errichtung und Betreibung eines Hotel- und Tagungs-zentrums in Dahlem
Drucksache: 920 / II FDP

Nach einer kurzen Aussprache zwischen den Fraktionen und der Berichterstattung durch BzStR Laschinsky stellt der Vorsitzende den Antrag der FDP zur Abstimmung. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 2.3 Wirtschaftsförderung in den Tourismusgebieten von Steglitz-Zehlendorf
Drucksache: 924 / II FDP

BzStR Laschinsky berichtet über maßgebliche Vorschriften des §11 Berliner Straßen-gesetz, AV Sondernutzung zu § 11 BStrG und Verwaltungsgebühren.
Für Sondernutzungen ist eine Verwaltungsgebühr für die Antragsbearbeitung und zusätzlich ein Nutzungsentgelt zu entrichten; für letzteres besteht eine Bandbreite, die von den Bezirken genutzt werden kann.
An Entgelten für die Sondernutzung des Straßenlandes sind eingenommen worden:

2002 = 687.000,-
2003 = 689.000,-

Die Vorschriften beziehen sich einheitlich auf die Gesamtstadt, so dass eine Herausnahme einzelner Bezirke oder gar einzelner regionaler Bereiche ("Bezirkliche Tourismusgebiete") aus rechtssystematischen Gründen nur vom Gesetzgeber vorgenommen werden kann.

Die Fraktion der GRÜNEN bittet BzStR Laschinsky um Auflistung der Gebühren für die Sondernutzung von Straßenland nach dem Gebührenverzeichnis zur Verwaltungsgebührenordnung als Anlage zum Protokoll.

Im Hinblick auf die Ausgestaltung der Vorschriften als Baurecht (kein Gewerberecht), sollte der Antrag zur weiteren inhaltlichen Beratung an den Bauausschuss und wegen der eintretenden Einnahmeausfälle an den Haushaltsausschuss weitergegeben werden.

Bis die Mitberatungsergebnisse dem Ausschuss vorliegen, bleibt der Antrag vertagt.

TOP 2.4 Marketingkonzept
Drucksache: 980 / II CDU

Der Antrag wird wegen noch ausstehender Mitberatung im Ausschuss für Stadtplanung vertagt.

TOP 2.5 Tourismusbeauftragter
Drucksache: 982 / II FDP

Nach einer kurzen Erläuterung des vorliegenden Antrages durch die FDP-Fraktion wird BzStR Laschinsky gebeten, hierzu Stellung zu nehmen.

BzStR Laschinsky berichtet, dass eine Mitarbeiterin aus dem Bereich Wirtschaftsförderung bereits mit 25% der regelmäßigen Arbeitszeit für das Tourismusprojekt abgestellt ist. Nach Beendigung dieses Projektes wird sie in vollem Umfang ihrer ursprünglichen Tätigkeit nachgehen. Es wäre abzuwarten, was das Tourismuskonzept insgesamt an Aktivitäten vorschlägt und zu prüfen, ob ein sogenannter bezirklicher Tourismusbeauftrager eine solche Anlaufstelle trägt. Man benötigt nicht für alles eine(n) Beauftragte(n).

Dem ursprünglichem Antrag liegt dem Ausschuss ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU in folgender Fassung vor:

> "Das Bezirksamt wird ersucht, die in der Abteilung Wirtschaft benannte Projektleiterin der Tourismusentwicklung Steglitz-Zehlendorf der Öffentlichkeit und insbesondere dem Hotel- und Gaststättengewerbe im Bezirk ein geeigneter Form, z.B. auf der Homepage den Bezirk, bekannt zu machen."

Der Vorsitzende lässt über den Antrag in der geänderten Fassung abstimmen. Mit 13 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und 2 Enthaltungen wird der Antrag angenommen.

Der BVV wird die Annahme des Antrages in der geänderten Fassung empfohlen.

TOP 3 Bericht aus dem Bezirksamt

BzStR Laschinsky berichtet

a) aus dem Bereich *Wirtschaft* über

die auf Senatsebene vorangetriebene Einrichtung zentraler Ordnungsämter in den Bezirken, nach der in jedem Bezirk neben dem Bürgeramt und den Fachämtern ein bezirkliches Amt für die zentrale Erledigung von Ordnungsaufgaben eingerichtet werden soll. Es soll sich in die Bereiche "Allgemeine Kontrollen" (im Sprachgebrauch; Kiez-Polizei) und den Bereich "Ordnungswidrigkeiten" gliedern.

Der Aufgabenbestand wird gegenwärtig in drei Arbeitsgruppen

- AG Allgemeine Ordnung im öffentlichen Raum
- AG Verkehr sowie
- AG Verbraucherschutz und Gewerbe

unter Bezirksbeteiligung erörtert.

Der Rat der Bürgermeister hat den Senat in diesem Zusammenhang ausdrücklich aufgefordert:

- bereits vor Einrichtung der Ordnungsämter in Abstimmung und im Einvernehmen mit allen Bezirken zu klären, mit welchen personellen, finanziellen und sachlichen Ressourcen die Ämter auszustatten sind, um die vorgesehenen Aufgaben erfüllen zu können;
- sicherzustellen, dass dieser festgestellte Bedarf den Bezirken vom Abgeordnetenhaus und Senat dann auch tatsächlich zur Verfügung gestellt wird;
- da, ein realistischer zeitlicher Vorlauf zur Verfügung steht, der die Bezirke tatsächlich, auch rechtlich, in die Lage versetzt, neue Aufgaben zu organisieren und zu übernehmen;

und seinen Ausschuss für Inneres, dessen Mitglied der Dezernent ist, mit der Koordinierung beauftragt:

- eingetretene Rechtsänderungen, die das Wirtschaftsleben erleichtern sollen, wie z.B.:
  - Aufhebung der Gebrauchtwarenverordnung
  - Sitzgelegenheiten in Imbissen von Fleischereien und Bäckereien bis zu zehn Plätzen
  - Aufhebung der Marktordnung
  - Aufhebung der Zweckentfremdung von Wohnraum;

- zusätzliche Öffnungszeiten an vier Sonntagen aus Anlass von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen aufgrund einer Senatsverordnung am

  1. Sonntag, der 18. Januar 2004: Internationale Grüne Woche 2004;
  2. Sonntag, der 14. März 2004: ITB Berlin 2004 - Internationale Tourismus-Börse;
  3. Sonntag, der 26. September 2004: Berlin Marathon;
  4. Sonntag, der 7. November 2004: JAZZ Fest Berlin, 10. Internationales Militärmusikfest, 41. Berliner Cross-Country-Lauf, 15. Berliner Märchentage;

Anlässlich des Berlin Marathons dürfen die Geschäfte von 13.00 bis 18.00 Uhr öffnen, an den drei anderen Sonntagen von 12.00 bis 17.00 Uhr;

- die zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Änderungen in der Handwerksordnung, nach der

  63 in der Anlage B HWO aufgeführte Gewerbe ohne Meisterprüfung ausgeübt werden dürfen, während für

  41 in der Anlage A HWO Gewerbe, bei deren Ausübung die Gefahr der Schädigung Dritter besteht, weiterhin dem "Meisterzwang" unterliegen;

- die Absicht des Senats, sich als Modellregion für Innovation zu bewerben, in denen exemplarisch vordefinierte Entbürokratisierungsvorschläge aus dem vornehmlich prozeduralen Bereich des Gewerbe-, Bau- sowie Umweltrechts getestet werden sollen;

- die seitens der Senatswirtschaftsverwaltung nicht näher begründete Verschiebung der Einrichtung eines Pfeilweisungssystems als Teil des Touristischen Leitsystems. Zunächst würden die Hinweispfeile in Mitte aufgestellt, danach sukzessive in den anderen Bezirken;

- Linienveränderungen der BVG zum Fahrplanwechsel am 06.01.2004, mit denen das Verkehrsangebot veränderten Anforderungen angepasst wird:

  In Steglitz-Zehlendorf wurde der Wunsch des Bezirks, eine direkte Buslinie zwischen Zehlendorf-Mitte und Lankwitz über Lichterfelde einzurichten, erfüllt. Die Linie 184 wird vom Ostpreußendamm Ecke Wismarer Straße aus über Wismarer Straße, Thuner Platz, Osteweg und Seehofstraße direkt in das Zehlendorfer Zentrum geführt. Hierdurch entsteht im Süden des Bezirks eine weitere durchgehende Tangentialverbindung und die neue McNair-Siedlung erhält wieder einen Linienverkehr am Abend.

  Die neue Linie 117 übernimmt die Verkehrsaufgaben der bisherigen Linie 184 zwischen Berlin und Teltow/Kleinmachnow. Linie 112 wird wegen der Verlängerung der Linie 184 verkürzt und endet am Rathaus Zehlendorf.

- über die Modernisierung der BSR-Recyclinghöfe Ostpreußendamm und Hegauer Weg, der auch eine Schadstoffannahmestelle erhält.

b) aus dem Bereich *Wohne*n über

- geänderte Vorschriften des Wohngeldgesetzes, die im Wesentlichen erst zum 01.01.2005 in Kraft treten; schon ab der jetzigen Jahreswende gelten Änderungen zum Begriff des Einkommens (§ 10 WoG), zum Bewilligungszeitraum (§§ 29 und 40 WoG);

- eine von der Senatsverwaltung abgeschlossene Vereinbarung mit der DEGEWO, durch die der Verkauf ehemals landeseigener Wohngrundstücke durch die Ablösung von Rückauflassungsvormerkungen erleichtert werden soll. Die in den Einbringungsverträgen vereinbarten Belegungsrechte werden beibehalten, können aber auf andere Mietobjekte der Gesellschaft übertragen werden;

- die Produktkosten des Wohnungsamtes, die im Jahr 2002 gemessen am Berliner Median per 10/2003 immer noch sehr noch liegen, obwohl bereits durch eingeleitete Maßnahmen ein Abbau der Überhänge zu verzeichnen ist.

Zur Verteilung in je einem Exemplar pro Fraktion gelangt

a) der Jahresrückblick 2003 zur wirtschaftlichen Lage Berlins der Senatswirtschafts-verwaltung und
b) der in der Berliner Zeitung vom 10./11.01.2004 nach Angaben des VDM Berlin veröffentlichen Mietpreisspiegel Januar 2004 für Steglitz.

TOP 4 Verschiedenes

Die nächste Ausschuss -Sitzung findet am 11. Februar 2004 statt.

Vorsitzender: BV Müller gez. Müller, 13.04.04
Schriftführer: BV Kühnast
Protokoll: Reyer